



Detailansicht des Registereintrags

Made for Germany

Aktuell seit 30.06.2026 23:59:29

Branchenübergreifender Zusammenschluss von Unternehmen und Investoren

Registernummer:	R007556
Ersteintrag:	25.08.2025
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Monbijoustraße 7 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +498978050 E-Mail-Adressen: lobbyregister.de@siemens.com Webseiten: https://www.madeforgermany.net/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Christian Hagemann**

Funktion: Head of Government Affairs Office Berlin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):**1. Eveline Metzen****2. Henry Schmees****3. Christian Hagemann****Gesamtzahl der Mitglieder:**

136 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabensbereiche

Interessen- und Vorhabensbereiche (30):

Arbeitsmarkt; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Initiative "Made for Germany" ist ein branchenübergreifender Zusammenschluss von 136 (Stand 30.06.2026) Unternehmen und Investoren, der auf ein neues, konstruktives Miteinander von Wirtschaft und Politik setzt. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und ausgewählter Bundesministerien zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von Bedeutung sind.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Impulse zur Beschleunigung von Infrastrukturprojekten in Deutschland

Beschreibung:

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Verkehrsinfrastruktur ist entscheidend für Wettbewerbsfähigkeit und die Transformation des Sektors. Eine Weiterentwicklung der rechtlichen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen auf Bundesebene könnte Investitionen in Straßen-, Schienen-, Luftverkehrs- und Ladeinfrastruktur erleichtern.

Dazu gehören die Umsetzung der AFIR-Verordnung (Lade- und Wasserstoffinfrastruktur), Anpassungen des Trassenpreissystems im Schienenverkehr, Änderungen der Luftverkehrsteuer sowie die Weiterentwicklung des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030. Beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren, verlässliche Finanzierungsinstrumente und wettbewerbsfähige Kosten- und Entgeltstrukturen sind essenziell, um bestehende Infrastrukturengpässe abzubauen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 538/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Neuordnung des Ladesäulenrechts

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LuftVStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

2. Impulse zur Senkung der Energiekosten

Beschreibung:

Wettbewerbsfähige Energiekosten sind essenziell für die Zukunftsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft. Kurzfristiges Ziel ist die strukturelle Senkung der Strompreise durch politische Maßnahmen. Dazu zählen die Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß, die Verstetigung des ÜNB-NNE-Zuschusses, die Ausweitung der Strompreiskompensation sowie die Einführung eines beihilfekonformen Industriestrompreises. Auch die Anpassung der EU-ETS-Beihilfeleitlinien für weitere energieintensive Branchen ist erforderlich.

Mittel- bis langfristig sollen Strompreise durch eine eng verzahnte Umsetzung von EEG, Netzausbaugesetzen und Lastenmanagement gesenkt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1863 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StromStG [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]; NABEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512310008 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. Handlungsempfehlungen für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt

Beschreibung:

Ein zukunftsfähiger Arbeitsmarkt erfordert die Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene. Dazu gehören die Modernisierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie, des Arbeitszeitgesetzes und eine praxistaugliche elektronische Arbeitszeiterfassung.

Zum Bürokratieabbau sind ein Bürokratieentlastungsgesetz V, der Verzicht auf ein nationales Beschäftigtendatenschutzgesetz sowie die Anpassung weiterer Gesetze (wie Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, Qualifizierungschancengesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Entgelttransparenzrichtlinie, Urlaubsentgeltregelungen, Hinweisgeberschutzgesetz und Gefahrstoffverordnung) notwendig.

Zur Hebung des Fachkräftepotenzials sollten Anerkennungs- und Visaverfahren digitalisiert und Weiterbildungsstrategien systematisch ausgebaut werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 566/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung und der Baustellenverordnung

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SchwarzArbG 2004 [alle RV hierzu]; BetrVG [alle RV hierzu]; HinSchG [alle RV hierzu]; GefStoffV 2010 [alle RV hierzu]; ArbZG [alle RV hierzu]; ArbSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512310009 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. **Strategie zur Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung durch gezielten Bürokratieabbau**

Beschreibung:

Bürokratiekosten beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas erheblich. Zentrale Maßnahmen umfassen ein systematisches Controlling regulatorischer Kosten, die konsequente Anwendung des „One in, one out“-Prinzips, ein modernes Steuerrecht sowie den Einsatz von KI zur Normenprüfung.

Auf europäischer Ebene sollten Redundanzen bei Nachhaltigkeits- und Berichtspflichten (u. a. CSRD, CSDDD, EUDR, ISSB) abgebaut und die europäische Digitalregulierung (u.a. AI Act, Data Act, Cyber Resilience Act) sowie weitere Regularien (wie GDPR, FiDA, Green Claims Directive, Late Payment Regulation) harmonisiert und massiv vereinfacht werden.

Zudem könnte die Überführung fachrechtlicher Regelungen ins Verwaltungsverfahrensgesetz Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 12.09.2025

Federführendes Ministerium: [BMDS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[VwVfG](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [BDSG 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2512310011](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit (BMUKN) [\[alle SG dorthin\]](#)
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG
dorthin\]](#)

2. [SG2602100002](#) (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. **Impulse für eine erfolgreiche Digitalisierung und technologische Souveränität**

Beschreibung:

Eine erfolgreiche Digitalisierung von Staat und Wirtschaft ist entscheidend für Deutschlands künftige Wettbewerbsfähigkeit. Dazu muss die Position in drei Bereichen ausgebaut werden: sichere digitale Identitäten (Personen, Organisationen, industrielle Assets), performante Cloud-Infrastrukturen und industrielle KI-Modelle/-Anwendungen.

Relevante Rahmenwerke sind die eIDAS-Verordnung (EUDI/Business Wallet), die Rechenzentrumsstrategie, das Energieeffizienzgesetz und der EU Cloud and AI Development Act. Zudem sind Harmonisierung und massive Vereinfachung europäischer Digitalregulierung (AI Act, Data Act, Cyber Resilience Act, Datenschutz) essenziell.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) (Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 12.09.2025

Federführendes Ministerium: [BMDS](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BDSG 2018](#) [\[alle RV hierzu\]](#); [EnEfG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2512310010](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2602100003 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

6. Impulse für ein zukunftsfähiges Bildungswesen Technologie und Bildung

Beschreibung:

Für Deutschlands Zukunftsfähigkeit sind ein zukunftsfähiges Bildungswesen und Innovationsumfeld unerlässlich. Das Bildungswesen muss KI-Auswirkungen integrieren, digitale/KI-Kompetenzen vermitteln und lebenslanges Lernen sowie die Integration von NEETs fördern. Im Innovationsbereich sind agile Kooperationen, die Einbindung von Wirtschaft/Start-ups (z.B. via SPRIND), europäische Förderstrukturen und der Ausbau von Innovationszentren/Reallaboren zu stärken. Finanzierungsseitig bedarf es öffentlich-privater Partnerschaften, anreizkompatibler Förderung, erweiterter Forschungszulagen und verbessertem Wagniskapitalzugang. Bürokratieabbau durch agile Governance (ressortübergreifende Missionsteams) und ein kohärentes europäisches Rahmenprogramm für innovative Unternehmen sind unerlässlich.

Betroffenes geltendes Recht:

BBiG 2005 [alle RV hierzu]; FZulG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2602100004 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

7. Impulse zur Stärkung der deutschen und europäischen Kapitalmärkte

Beschreibung:

Leistungsfähige Kapitalmärkte sind ein zentraler Faktor für die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit. Durch eine zielgerichtete Ausgestaltung des aktuellen EU-Gesetzgebungsverfahrens kann das Verbriefungsrahmenwerk wettbewerbsfähiger gestaltet werden, um mehr Kapital zu mobilisieren und Bankbilanzen zu entlasten. Zusätzlich würde eine kapitalgedeckte Rente über alle Säulen hinweg privates Kapital für Investitionen freisetzen – dazu gehören zunächst u.a. die pAV, die bAV und die Frühstartrente. Ein weiterer Bestandteil ist die Verbesserung des Kapitalmarktzugangs in Deutschland und der EU zur Förderung von IPOs und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-Ups. Dabei sollten IPO-Regularien entschlackt und Bürokratie für Start-Ups verringert werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge (Altersvorsorgereformgesetz) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 01.12.2025

Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2602100005 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. SG2602270019 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

8. Vorschläge für eine effizientere europäische Klimapolitik und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit

Beschreibung:

Europa verfügt über erhebliches wirtschaftliches Potenzial, dessen Nutzung durch kohärentere Regulierung, effizientere Berichts- und Nachweispflichten sowie eine einheitliche Umsetzung europäischer Vorgaben unterstützt werden kann. Der Aufbau

strategischer Wertschöpfungsketten bei Schlüsseltechnologien trägt zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung bei. Die europäische Klimapolitik sollte marktbasiert, technologieoffen und wettbewerbsneutral ausgestaltet sein. Dies betrifft insbesondere das Zusammenspiel von ETS 1 und 2, CBAM, RED III, CSRD, Taxonomie, ReFuelEU, Batterie-Verordnung, EUDR und ESPR, aber auch Regelwerke wie die Energiesteuerrichtlinie, die Eurovignette und Anforderungen an die CO2-Bilanzierung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1491 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2075 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze - Drucksache 21/1491 - Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

BattDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu];

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

9. Impulse zur Stärkung der deutschen und europäischen Rohstoffversorgung

Beschreibung:

Für Deutschlands und Europas wirtschaftliche Souveränität ist eine sichere Rohstoffversorgung entscheidend. Die gesamte Rohstoffkette muss durch gesetzliche Rahmenbedingungen gestärkt werden. Dies umfasst: Beschleunigung von Genehmigungen (Bundesberggesetz) und Investitionsanreize für die heimische Gewinnung; Begrenzung von Wettbewerbsverzerrungen durch eine zielgerichtete EU-ETS-Reform und ein wirksames CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM); ESG-konforme Standards und die Umsetzung des Critical Raw Materials Act (CRMA) für Verarbeitung und Import. Die Kreislaufwirtschaft ist strategisch zu stärken, z.B. durch Pfandsysteme, Green VAT, eine harmonisierte WEEE-Richtlinie, IPCEI-Nutzung sowie die Anrechnung von Recycling auf ETS und CO2-Bilanzierung.

Betroffenes geltendes Recht:

BBergG [alle RV hierzu]; ElektroG2015ÄndG 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512310007 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2602100006 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 07/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro